

Deutschen und Juden, die der Kanzler nachdrücklich betreibe, einen Rückschlag erlitten. Das Ansehen Deutschlands im Ausland sei geschädigt worden. Das deutsche Volk sollte die Vergangenheit nicht zu schnell vergessen.

(In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 8 vom 22. 1. 1960.)

Das Echo in Israel

Dem New Yorker „Aufbau“ (XXVI/3) vom 15. 2. 1960, S. 1, entnehmen wir:

Die Nachrichten über die Synagogenschändung in Köln, das Auftauchen von Hakenkreuzen in anderen Städten Deutschlands und schließlich in einem Dutzend anderen Ländern fanden eine breite Publizität in der israelischen Presse und wurden mit allem Ernste in den redaktionellen Kommentaren aller Zeitungen behandelt. Es war nur selbstverständlich, daß auch die Knesset, das Parlament Israels, seine Aufmerksamkeit dem Geschehnis zuwenden mußte, das die Bewohner des Staates und die Judenheit der Welt so tief aufzuwühlen vermochte. Die *raison d'être* des Staates bringt es zwangsläufig mit sich, daß die Verbundenheit mit dem jüdischen Volke besonders sichtbar und verantwortungsbewußt sich ausdrückt. Die Regierung gab durch ihren Sprecher, Justizminister Pinchas Rosen – Ministerpräsident Ben Gurion war zur Zeit krank und Außenminister Meir auf einer Afrikareise – unmißverständlich zu verstehen, daß Regierung und Bevölkerung Israels für alle Erscheinungen empfindlich sind, die die Juden in anderen Ländern betreffen. Minister Rosen gab in seiner Erklärung bekannt, das Außenministerium habe alle israelischen diplomatischen Vertreter angewiesen, besonders aufmerksam die Hakenkreuzwelle zu verfolgen und eingehend über alle mit ihr zusammenhängenden Vorfälle nach Jerusalem zu berichten. Die Regierung wird auf Grund dieser Berichte den Charakter der Vorkommnisse analysieren.

„Obgleich noch keine endgültigen Beweise vorliegen, gibt es einige Gründe für den Verdacht, daß eine internationale Organisation mit dem Zentrum in Deutschland oder anderswo, die jedoch auf alle Fälle die deutsche Sprache sogar in anderen Ländern verwendet, aktiv in dieser Angelegenheit ist.“

Diese letzten Ausbrüche antijüdischer Aufwiegelung, fuhr Minister Rosen fort, sollten die Völker, Regierungen, Parlamente und die Führer der politischen Parteien der Länder, in denen die Seuche des Judenhasses vorhanden ist, davon überzeugen, daß es nicht genügt, sich selbst von den Aufwieglern zu Unterdrückung und Völkermord zu distanzieren. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß dieses verabscheuungswürdige Phänomen mit allem gehörigen Ernste behandelt und radikal mit allen möglichen Mitteln ausgerottet werden müsse, bevor es sich von isolierten Lausbübereien zu einer Katastrophe für ganze Völker und die gesamte Menschheit entwickeln kann.

Die Knesset überwie die vorläufige weitere Behandlung des ganzen Problems ihrem Auswärtigen Ausschusse.

Die entschiedene aber ruhige Behandlung der Hakenkreuz-Inzidente durch die Knesset entspricht der allgemeinen Einstellung in Israel zu diesem Probleme. Seit dem grausamen Hitler-Erlebnis ist im gesamten jüdischen Volke – und in diesem Zusammenhange bildet Israel ein typisches Glied dieses Volkes – eine Art Trauma zurückgeblieben, die Furcht, nur ja nicht jemals wieder zuzulassen, daß ein so erschreckend gefährliches Phänomen in seiner wahren Fürchterlichkeit erst erkannt wird, wenn es bereits zu spät ist. Dieses „Trauma“ verleitet manchmal zu einer Überempfindlichkeit und Überschätzung aktueller Gefahr – es ist jedoch die beste Gewähr dafür, daß die Welt nicht mehr so verantwortungslos in eine Katastrophe schliddern darf wie anno dazumal.

Hans Weissberger

Malmö als Zentrale?

epd Stockholm. 8. Januar. Auf der Treppe der Dreifaltigkeitskirche in Karlskoga fand man am Sonntag ein großes

Hakenkreuz mit Schuhcreme gemalt. Das früher „deutsche Kirche“ genannte Gotteshaus wird von der etwa 30 Personen zählenden jüdischen Gemeinde Karlskoga benutzt. In Strömstad an der Westküste kam es zu ähnlichen Vorfällen, ebenso im Flur eines von Juden bewohnten Stockholmer Hauses. Bereits mehrere Monate vor der Schändung der Synagoge in Köln hatte man an einem Wohnhaus in Oslo ein großes schwarzes Hakenkreuz entdeckt. Die Synagoge in Stockholm steht unter besonderer Polizeibewachung.

Das schwedische Mitglied des Exekutivkomitees des Jüdischen Weltkongresses, Direktor Hilel Storch, teilte mit, daß seine Sektion seit Jahren antisemitische Tendenzen in schwedischen Lehrbüchern verfolge und bei der Regierung Verständnis für deren Eliminierung gefunden habe. Storch erinnerte daran, daß anläßlich der Stockholmer Tagung des Jüdischen Weltkongresses im August 1959 antisemitische Pamphlete verbreitet worden sind. Die Zentrale sei in Malmö zu vermuten. Auch Mitteilungen aus London weisen auf Malmö hin; eine dort 1950 gegründete „neonazistische“ Organisation, der 14 Ortsgruppen in Europa angeschlossen seien, stehe unter der Leitung des Schweden Per Engdahl.

Dr. Rupert Giessler

12/3) „Erziehung entscheidet unser Schicksal“

Pädagogische Probleme Israels in deutscher Lehrerzeitschrift

Die Allgemeine Wochenzeitung der Juden (XIII/10) Düsseldorf, 6. 6. 1958 schreibt:

„Hier müssen Tiefenschichten aufgebrochen, emotionale, mit den Mitteln der ratio kaum noch erreichbare Hemmungen abgetragen, hier muß der Schmutz beseitigt werden, hinter dem das wahre Bild durch eine teuflisch-gekonnte Propaganda verdeckt wurde“: mit diesem Satz, entnommen einem das Zeitgeschehen kommentierenden Leitartikel der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“ (Frankfurt a. M.) vom 1. Mai, geht das Organ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund auf die antisemitischen Ausfälle des Offenburger Studienrats Ludwig Zind ein. Ihn hatte die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Darmstadt), die größte westdeutsche Lehrerorganisation, in ihrer Entschließung vom 12. Januar 1958 mit der Überschrift „Wehret den Anfängen – Wehret den neuen Anfängen!“ als eine „Schande, daß dieser Mann als Erzieher tätig ist“, öffentlich angeprangert. [vgl. Freiburger Rundbrief 41/44 S. 86]

Als die deutschen Lehrer im vergangenen August im Rahmen des Weltlehrerkongresses in Frankfurt a. M. erstmalig mit einer Delegation israelischer Lehrer (bestehend aus Shalom Levin, Awiezer Yellin, Dr. Zwi Zahavi, Zwi Eliav und Efraim Ginsberg) zusammentraf und den eindringlichen, ersten Appell des Sprechers dieser Vertretung vernahm, „daß Lehrer und Erzieher vor allem zur Humanität und Gerechtigkeit verpflichtet sind wie auch zum Kampfe für das Recht auf ein unabhängiges und individuelles Dasein einer jeden Nation gemäß den höchsten Idealen, die vor Jahrtausenden von den Propheten Israels verkündet wurden: den Idealen des Friedens und der Gerechtigkeit in der ganzen Welt“, konnten sie, wie Dr. K. Bungardt kürzlich rückblickend ausführte, mit nichts als nur mit der Versicherung des guten Willens antworten. Und Sir Ronald Gould, der Präsident des Weltverbandes und Leiter des vorjährigen Kongresses, nahm für alle das Wort und sprach von seiner Gewißheit, „daß die israelischen Lehrer, so auch die Lehrer, die heute und hier Deutschland vertreten, nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit strebten“.

Ein halbes Jahr danach wurde der Zind-Fall bekannt. Er erregte in Deutschland, aber auch im Ausland, in gebildeten und verantwortungsbewußten Kreisen jedenfalls, außerordentliche Bestürzung; ein Blatt vom Rang der „New York Times“ bemerkte zu dem aufsehenerregenden Vorgang (über den bekanntlich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist),

daß sich der Keim der Intoleranz, „als in scheußlicher Weise beharrlich“ erweise.

Im Zusammenhang mit der Begegnung mit israelischen Lehrern im vorigen Sommer und daher schon zeitlich völlig unabhängig von der Affäre Zind war der Gedanke entstanden, erzieherische Probleme in Israel und standespolitische Angelegenheiten der israelischen Lehrerschaft in der „Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung“ eingehender zur Darstellung zu bringen. Ob die Vergangenheit, wie Sir Ronald Gould gemeint hatte, wirklich hinter uns liege und ob man mit ihr ins Reine gekommen sei, war nämlich in einem nachfolgenden Gespräch zwischen deutschen und israelischen Lehrern in Frage gestellt worden. Dieser Umstand hatte die Zeitnug in der Überzeugung bestärkt, es dürfe mit einer bloßen Versicherung guten Willens nicht sein Bewenden haben. Die Lehrergewerkschaft trat sofort bei Bekanntwerden des Zind-Falles mit ihrem warnenden Protest vor die deutsche Öffentlichkeit, und ihr Organ hat nunmehr, rechtzeitig vor dem „Kongreß der Lehrer und Erzieher“ (München, Mai 1958) mit dem Motto „Erziehung entscheidet unser Schicksal“, aber auch in Verbindung mit dem 10jährigen Bestehen des Staates Israel, ihre Absicht ausgeführt, pädagogischen und Lehrerproblemen in Israel weiten Raum zu gewähren.

Der Generalsekretär der „Histadruth Hamorim“, der israelischen Lehrergewerkschaft, Shalom Levin, Tel Aviv, seit 1932 in Palästina ansässig, wirft, anlässlich der Herausgabe dieser Sondernummer in einem Brief an die deutsche Lehrergewerkschaft die wichtige und ernste Frage auf, ob es in einer „Welt von Wölfen“ für ein kleines und in alle Welt verstreutes Volk eine Hoffnung gebe. Levin erwartet, daß „die gemeinsamen Anstrengungen der Erzieher und Lehrer aller Völker zur Einrichtung einer Welt der Freiheit, des Rechtes und der Freundschaft hinführen“. Dr. Moshe Avidor, der Generaldirektor des israelischen Erziehungsministeriums, Tel Aviv, gibt einen Abriss vom Erziehungs- und Kulturwerk Israels in den ersten zehn Jahren seiner Staatlichkeit, während Efraim Ginsberg, Ramat Gan, ein aus Frankfurt a. M. stammender Lehrer, der in den Jahren 1922/37 an jüdischen Schulen in Hessen, Bonn, Borken i. W. und Zwickau (Sachsen) angestellt war, einen ausführlichen Überblick über die „Histadruth Hamorim“ beisteuert. Auch wird das Ergebnis der Wahl zur 20. Delegiertenversammlung dieser Gewerkschaft wiedergegeben. In die Sondernummer sind eingestreut – in hebräischer und deutscher Sprache – die Präambel zum Gesetz der staatlichen Erziehung in Israel aus dem Jahr 5713/1953 und ein verkleinertes Foto der Titelseite der wissenschaftlichen Zweimonatsschrift der israelischen Lehrergewerkschaft „Hachinuch“. Am Ende der Präambel heißt es, daß das Ziel der staatlichen Erziehung letztlich „auf das Hinstreben zu einer menschlichen Gesellschaft, auf Freiheit, Gleichheit und Humanität aufgebaut, sowie auf gegenseitige Hilfe und Liebe zum Mitmenschen“, ausgerichtet ist. Auch der Anhang („Aus den Ländern“, „Aus dem pädagogischen Leben“, „Kleine Chronik“, „Beiträge zur Diskussion“, „Literatur“) ist weitgehend auf den Problemkreis „Juden in Deutschland – Antisemitismus – Israel – Widerstand im „Dritten Reich““ abgestellt.

„Die Aktion der Deutschen Lehrergewerkschaft im Falle Zind, der für uns erschütternd und tief schmerzlich zugleich war, sowie die Initiative, die Sie, Dr. Bungardt und Ihre Kollegen, in der Widmung einer Sondernummer der Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung für die Erziehungsfragen in Israel entfalten, stärken uns in dem Glauben, daß die Tage des Schreckens und des unsagbar Fürchterlichen nicht mehr wiederkehren“. So schließt Shalom Levins Grußbotschaft an seinen deutschen Kollegen, den Redakteur der „Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung“.

E. G. L.

12/4) Ernennung eines Bischofs als Generalvikar des lateinischen Patriarchen von Jerusalem in Israel

Pater Piergiorgio Chiappero OFM wurde zum ersten römisch-katholischen Bischof in Israel ernannt. Er ist der General-

vikar des lateinischen Patriarchen von Jerusalem für Israel. (Die römisch-katholische Kirche wird im Nahen Osten lateinische Kirche genannt.) Die Diözese des lateinischen Patriarchen von Jerusalem umfaßt ganz Palästina, d. h. Israel, Jordanien und Cypern.

Es handelt sich nicht um die Ernennung eines diplomatischen Vertreters des Heiligen Stuhls, sondern um einen Generalvikar im Bischofsrang.

Msgr. Chiappero stammt aus Turin, trat 1931 in den Franziskanerorden ein und wurde 1940 zum Priester geweiht. In den letzten Jahren war er an der Custodia vom Heiligen Land in der (jordanischen) Altstadt von Jerusalem. Am 25. Oktober 1959 wurde er in der Bischofskirche von Turin zum Bischof geweiht und zum Generalvikar in Israel ernannt. Msgr. Chiappero ersetzt den bisherigen Patriarchal. Vikar Msgr. A. Vergani, der während seiner Krankheit zeitweilig durch Pater Dr. Hanna Kaldany O. P., den Präsidenten des lateinischen Kirchengerichts in Israel, vertreten wurde.

Durch Msgr. Chiapperos Ernennung gibt es jetzt in Israel drei christliche Würdenträger mit bischöflichem Rang, Georges Hakim, Erzbischof der griechisch-katholischen Kirche, Isidor, Metropolit der griechisch-orthodoxen Kirche und Msgr. Chiappero selbst.

Das vom israelischen Religionsministerium herausgegebene Bulletin „Christian News from Israel“ (X/3-4) vom Dezember 1959 p. 20) schreibt:

Am 15. Dezember 1959 traf seine Exzellenz, Msgr. Piergiorgio Chiappero OFM, Titularbischof von Cibyra, in Israel ein... Zu seiner Begrüßung im Hafen von Haifa waren u. a. der griechisch-katholische Erzbischof von Galiläa, der griechisch-orthodoxe Metropolit von Nazareth, Mitglieder des diplomatischen Corps in Haifa, Vertreter des Ministers für religiöse Angelegenheiten, der Distriktskommissar von Haifa, der Gouverneur von Galiläa eine außerordentlich große Zahl von Angehörigen der katholischen Gemeinde gekommen.

Msgr. Chiappero fuhr zunächst nach Deir-Rafat, um dort den lateinischen Patriarchen von Jerusalem zu treffen. Am 21. Dezember machte er Rabbiner Y. M. Toledano dem Minister für religiöse Angelegenheiten einen Antrittsbesuch. Im Laufe der Unterhaltung informierte der Minister den Bischof, daß man beschlossen habe, das franziskanische Kloster auf dem Berg Zion (ad Coenaculum) für die Custodia vom Heiligen Land wiederherzustellen. Der Bischof sah dies als einen hochehrföhrlichen Willkommensgruß an... Man sieht die Ernennung eines Bischofs zum Generalvikar in Israel als Anerkennung für die wachsende Wichtigkeit der lateinischen Gemeinde dieses Landes an, die von etwa 4000 im Jahre 1948 kürzlich auf eine Zahl von 10 000 angewachsen ist.

12/5) Die Wahlen in Israel

Die Bevölkerung Israels wählte am 3. 11. 1959 ihr neues Parlament, die 4. Knesseth. Wir entnehmen dazu der Herder-Korrespondenz (XIV/5) vom Februar 1960, S. 224 f, mit freundlichem Einverständnis der Schriftleitung, folgenden Bericht:

Der Ausgang der Wahlen brachte einen erheblichen Stimmenzuwachs für die bisherige Regierungspartei MAPAI. Der Anteil der MAPAI an den Wählerstimmen erhöhte sich von 32,2 auf 38,5 Prozent. In Israel wird dieser Stimmenzuwachs als eindeutiger Wahlsieg der Partei des Ministerpräsidenten Ben Gurion angesehen.

Die Wahlen wurden von der israelischen Öffentlichkeit vor allem als ein Machtkampf zwischen der rechtsradikalen Cheruth-Partei und der MAPAI betrachtet. Die Cheruth hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 12,6 Prozent der Stimmen erhalten und war somit die zweitstärkste Partei im Lande. Die rechtsstehende bürgerliche Partei der „Allgemeinen Zionisten“, die der Cheruth sehr nahestand, hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 10,2 Prozent erreicht, so daß die Aussichten der Cheruth keineswegs ungünstig schienen. So wurde es denn als eine schwere Niederlage gewertet, daß die Cheruth nur 13,4 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Die Cheruth hat damit vermutlich ihre größte Aus-